

Freitag, 2. September 2011 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer: Domenic Gross
Präsenz: anwesend 114 Mitglieder
entschuldigt: Caduff, Davaz, Joos, Righetti, Tomasclett-Berther (Trun), Zanetti
Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Gesetz zur sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung (Behindertenintegrationsgesetz; BIG) (Botschaften Heft Nr. 2/2011-2012, S. 211) (Fortsetzung)

Präsident der Kommission
für Gesundheit und Soziales: Candinas
Regierungsvertreter: Trachsel

II. Detailberatung (Fortsetzung)

Art. 24
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

neuer Titel IV. und neuer Artikel 25

a) Antrag Kommissionsmehrheit (6 Stimmen: Candinas, Casanova-Maron, Holzinger-Loretz, Kleis-Kümin, Niggli-Mathis (Grüsch), Troncana-Sauer; Sprecher: Candinas) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen: Noi-Togni, Trepp; Sprecher: Trepp)
Einfügen neuer Titel IV. und neuer Artikel 25:

IV. Integration im Freizeitbereich

Art. 25

Der Kanton unterstützt integrative Aktivitäten im Bereiche Ferienwochen, Entlastungen, Weiterbildungs- und Freizeitaktivitäten wie zum Beispiel Behindertensport.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 83 zu 14 Stimmen.

IV. Interkantonale Leistungen

Art. 25

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

V. Planung, Beitragssteuerung und Aufsicht

Art. 26 – 31

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

neuer Artikel 32

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (7 Stimmen: Candinas, Casanova-Marón, Holzinger-Loretz, Kleis-Kümin, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Troncana-Sauer; Sprecher: Candinas) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Trepp)
Einfügen neuer Artikel 32:

Art. 32, Behindertenkoordinationsstelle

Der Kanton bezeichnet eine Ansprechperson, welche Anliegen von Menschen mit Behinderung aufnimmt, die kantonalen Bemühungen koordiniert, deren Umsetzung vorantreibt und die Gemeinden, Verbände und Unternehmen animiert, selbst Integrations Schritte zu unternehmen und Arbeits- wie Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung aufzubauen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 88 zu 14 Stimmen.

VI. Entzug der Betriebsbewilligung und der Anerkennung, Beitragskürzung sowie Rückerstattung**Art. 32 – 34**

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

VII. Weitere Bestimmungen**neuer Artikel 35**

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (5 Stimmen: Casanova-Marón, Holzinger-Loretz, Kleis-Kümin, Niggli-Mathis (Grüsch), Troncana-Sauer; Sprecherin: Casanova-Marón) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (3 Stimmen: Candinas, Noi-Togni, Trepp; Sprecher: Candinas)

Einfügen neuer Artikel 35:

Art. 35, Hindernisfreies Bauen

¹ **Der Kanton leistet Beiträge für die Anpassung von bestehenden öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung.**

² **Sofern die Massnahmen über die kantonalen Mindestvorschriften hinausgehen und die anerkannten Normen für hindernisfreies Bauen angewendet werden, leistet der Kanton Beiträge bis zu 50 Prozent der behinderungsbedingten, nicht anderweitig gedeckten Mehrkosten.**

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 71 zu 35 Stimmen.

Art. 35 – 38

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

VIII. Schlussbestimmungen**Art. 39 – 48**

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt dem Gesetz zur sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung (Behindertenintegrationsgesetz, BIG) mit 93 zu 0 Stimmen bei 15 Enthaltungen zu.

2. Übergeordnete politische Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2013-2016 des Regierungsprogramms und Finanzplans

Präsident der Kommission
für Staatspolitik und Strategie: Marti
Regierungsvertreter: Schmid

I. Eintreten

Antrag Kommission
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

Leitsatz 1: Gemeinde- und Gebietsreformen gegen innen vorantreiben und gegen aussen mit bewährten und neuen Zusammenarbeitsformen und Initiativen die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht stärken.

Antrag Kommission
Gemäss Bericht

Angenommen

Leitsatz 2: Die Aufgaben der verschiedenen Staatsebenen laufend überprüfen, effektiv halten und in Bezug auf Aufgaben- und Stellenverschiebungen möglichst flexibel gestalten.

Antrag Kommission
Gemäss Bericht

Antrag Aebli

Ändern wie folgt:

Notwendige kantonale Staatsaufgaben sind koordiniert, in einfachen Verfahren für die Beteiligten und mit flexiblem Einsatz der Verwaltungsreserven zu erfüllen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 67 zu 21 zu.

Leitsatz 3: Sich den verschiedenen durch globale Entwicklungen drohenden Gefahren aktiv stellen.

Antrag Kommission
Gemäss Bericht

Antrag Felix

Leitsatz 3 wie folgt ergänzen:

Sich den verschiedenen durch globale Entwicklungen drohenden Gefahren aktiv stellen **und dabei die innere Sicherheit gezielt stärken.**

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag Felix mit Stichentscheid des Landespräsidenten mit 44 zu 43 Stimmen.

Leitsatz 4: Mit einer auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und Wirtschaft fokussierten, qualitativ hochstehenden und regional verankerten Bildungslandschaft in Primar-, Sekundar- und Tertiärbildung die Standortattraktivität Graubündens erhöhen.

Antrag Kommission
Gemäss Bericht

Antrag SP-Fraktion

Leitsatz 4 ergänzen wie folgt:

Mit einer auf die Bedürfnisse **des Individuums**, der Bevölkerung und Wirtschaft ...

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der SP-Fraktion mit 74 zu 1 Stimmen.

Antrag Kappeler

Leitsatz 4 ändern wie folgt:

Mit einer auf die Bedürfnisse, des Individuums, der Bevölkerung und Wirtschaft fokussierten, qualitativ hochstehenden und regional verankerten Bildungs- **und Forschungslandschaft (...)** die Standortattraktivität Graubündens erhöhen.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Kappeler mit 89 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Kappeler

Einfügen nach dem ersten Satz der erläuternden Ausführungen zu Leitsatz 4 was folgt:

... Bewältigen des Lebens als Erwachsene. **Erfolgreiche Forschungsaktivitäten erhöhen die Standortattraktivität und führen letztlich zu erhöhter Wertschöpfung in Graubünden.** Die Rahmenbedingungen ...

*Antrag Kappeler angenommen**Antrag Mani-Heldstab*

Leitsatz 4 ergänzen wie folgt:

... **insbesondere den Schwerpunkt auf naturwissenschaftliche Fächer zu legen.**

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Mani-Heldstab mit 57 zu 24 Stimmen ab.

Leitsatz 5: Die kulturelle Vielfalt als Chance nutzen, Kultur und Sport fördern.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Antrag Cavegn

Ergänzen letzter Satz der erläuternden Ausführungen zu Leitsatz 5 wie folgt:

... Anliegen des Sports angemessen Rechnung zu tragen **und unterstützt den Sport.**

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Cavegn mit 80 zu 1 Stimmen zu.

Leitsatz 6: Das Gesundheitswesen als Wirtschaftsfaktor nutzen und der Kostenentwicklung aktiv begegnen.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Antrag Dudli

Leitsatz 6 ändern wie folgt:

Das Gesundheitswesen als Wirtschaftsfaktor nutzen **und mögliche Kosteneinsparpotentiale aufzeigen und umsetzen.**

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Dudli mit 67 zu 27 Stimmen ab.

Antrag Kommission

Ergänzen der Folgerungen auf Seite 28, Absatz 3, wie folgt:

Die Art und Weise der flächendeckenden Erbringung von Dienstleistungen soll tabulos diskutiert werden. **Insbesondere ist dem drohenden Mangel an Hausärzten entgegenzuwirken.**

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission auf Ergänzung der Folgerungen mit 88 zu 0 Stimmen.

Leitsatz 7: Die soziale Sicherheit hält veränderten Rahmenbedingungen stand.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Angenommen

Leitsatz 8: Eine umweltfreundliche und attraktive Verkehrspolitik betreiben.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Antrag Dudli

Leitsatz 8 ergänzen wie folgt:

Eine umweltfreundliche und attraktive Verkehrspolitik betreiben **und der Verkehrsverlagerung vom Gotthard auf die San Bernardino-Achse entschieden entgegen treten.**

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission mit 64 zu 28 Stimmen.

Leitsatz 9: Die Raumentwicklung im Kanton begleiten und überregional aktiv steuern. Eine Vereinfachung und Harmonisierung anstreben. Eine intakte Umwelt als Kapital für die Zukunft erhalten.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Angenommen

Leitsatz 10: Sich als attraktiven Arbeits- und Lebensraum zeigen.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Antrag Dudli

Ändern Leitsatz 10 wie folgt:

Sich als attraktiven Arbeits- und Lebensraum **positionieren.**

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Dudli mit 94 zu 0 Stimmen zu.

Leitsatz 11: Wirtschaftswachstum steigern.

Antrag Kommission

Gemäss Bericht

Antrag Aebli

Ändern Leitsatz wie folgt:

Wirtschaftswachstum **auf das schweizerische Mittel steigern.**

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 46 zu 25 Stimmen zu.

Antrag Kommission

Folgerungen nach dem letzten Satz ergänzen wie folgt:

Umgekehrt ist alles zu unternehmen, dass vorhandene Firmen beste Rahmenbedingungen vorfinden. **Dazu gehört eine bedarfsgerechte Infrastruktur, namentlich auch eine Informations- und Kommunikationstechnologie-Infrastruktur.**

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission mit 85 zu 0 Stimmen zu.

Antrag Gasser (1)

Ergänzen der erläuternden Ausführungen zum Leitsatz 11 wie folgt:
... sind Motoren des **qualitativen und quantitativen** Wirtschaftswachstums.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Gasser (1) mit 69 zu 1 Stimmen zu.

Antrag Gasser (2)

Ergänzen der erläuternden Ausführungen zum Leitsatz 11 wie folgt:
Gute Chancen ergeben sich bei der **Investition in Energieeffizienz** und Nutzung eigener Energieproduktion ...

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Gasser (2) mit 46 zu 37 Stimmen zu.

Antrag Gasser (3)

Ergänzen der erläuternden Ausführungen zum Leitsatz 11 wie folgt:
... erneuerbarer Energien (vor allem Biomasse, Solar-, **Wind-** und Wärmepumpenanlagen).

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Gasser (3) mit 70 zu 4 Stimmen ab.

Antrag Gasser (4)

Ergänzen der erläuternden Ausführungen zum Leitsatz 11 wie folgt:
erneuerbarer Energien (vor allem Biomasse, Solar- und Wärmepumpenanlagen), **um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und unabhängiger von internationalen Entwicklungen, u.a. Preisentwicklungen zu werden, ist der Anteil der fossilen Energieträger stark zu senken.** Daraus könnten wesentliche Impulse ...

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Gasser (4) mit 68 zu 13 Stimmen ab.

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Interpellanza Pedrini concernente l'italianità nell' Amministrazione cantonale

Secondo l'articolo 6 della Legge cantonale sulle Lingue, a parità di qualifiche l'Amministrazione cantonale nelle assunzioni deve dare la preferenza a candidati che hanno conoscenze di più lingue cantonali.

Questa norma è importante perché lo Stato non può essere, per varie ragioni, considerato un datore di lavoro tra tanti: oltre al valore simbolico della presenza di tutte le minoranze linguistiche nell'apparato statale è ormai risaputo che l'Amministrazione pubblica di ogni Paese partecipa attivamente al suo processo decisionale e legislativo. In questo contesto, la conoscenza di tutte le realtà culturali e linguistiche è assolutamente necessaria, a maggior ragione se sono così differenti come nel Cantone dei Grigioni. La presenza di funzionari provenienti da tutta il Cantone - soprattutto con funzioni dirigenziali - è perciò essenziale.

La questione dell'equa rappresentanza delle comunità linguistiche nell'Amministrazione federale è stata oggetto negli ultimi anni di numerosi atti parlamentari. Il Consiglio federale ha quindi fissato nell'ordinanza d'applicazione della *Legge federale sulle lingue nazionali e la comprensione tra le comunità linguistiche* dei valori di riferimento al riguardo. Nel caso degli italo-foni questo valore è del 7% in tutte le classi salariali.

Riteniamo la questione dell'equa rappresentanza delle comunità linguistiche di notevole importanza anche per l'amministrazione del nostro cantonale plurilingue. Sottoponiamo perciò all'attenzione del Governo le seguenti domande:

1. Quale è il numero e la percentuale attuale d'italofoni, per ogni classe salariale, impiegati nei singoli dipartimenti cantonali e nella Cancelleria (per il DECA: esclusi gli insegnanti liceali; per la Cancelleria: esclusi i servizi di traduzione)?

2. Quali misure ha l'Ufficio cantonale del personale per far applicare l'art. 6 della Legge cantonale sulle Lingue da tutti i dipartimenti cantonali e dalla Cancelleria?
3. Tra le misure fissate dal Consiglio federale per promuovere il plurilinguismo dall'amministrazione federale vi sono state:
 - fissare valori di riferimento per la rappresentanza di ogni comunità linguistica;
 - l'istituzione di un delegato al plurilinguismo;
 - la possibilità di seguire corsi di una lingua nazionale durante il tempo di lavoro;
 - l'elaborazione da parte dell'Ufficio federale del personale di un catalogo di misure quantitative e qualitative, d'intesa con ogni dipartimento, per raggiungere il valore di riferimento del 7% per gli italofoeni,
 - la redazione di un rapporto annuale sull'evoluzione della rappresentanza delle comunità linguistiche nei singoli dipartimenti.
 Quali di queste misure il Governo ritiene opportuno applicare, per analogia, concretamente all'amministrazione cantonale?

Pedrini, Michael (Castasegna), Tenchio, Della Vedova, Fasani, Heiz, Noi-Togni, Papa, Pult, Righetti, Zanetti, Bricalli, Monigatti

Anfrage Albertin betreffend Auslegung von Art. 18a RPG bei Solaranlagen

In Graubünden muss festgestellt werden, dass die Bewilligungspraxis von Photovoltaik-Anlagen immer wieder zu Problemen führt, sei es innerhalb oder ausserhalb der Bauzonen. Die Bauherrschaften werden immer wieder mit negativen Bauentscheiden konfrontiert.

Art. 18a RPG schreibt vor, dass Solaranlagen innerhalb sowie ausserhalb der Bauzonen sorgfältig in Dach- und Fassadenflächen integriert sein müssen.

Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Wie interpretiert die Regierung sorgfältig in der Auslegung von Art. 18a RPG?
2. Trifft es zu, dass massvoll geständerte Anlagen innerhalb so wie ausserhalb von Bauzonen nicht bewilligt werden dürfen?
3. Welche Bewilligungspraxis wendet der Kanton bei Bauten ausserhalb der Bauzone an (z.B. Ökonomiebauten, Stallbauten usw.)?
4. Sind Industriezonen nicht dem Art. 18a RPG unterstellt?

Albertin, Valär, Augustin, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Bezzola (Samedan), Bondolfi, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caluori, Campell, Candinas, Casty, Casutt, Casutt-Derungs, Clavadetscher, Conrad, Darmslandolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Fontana, Furrer-Cabalzar, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Gunzinger, Hartmann (Champfèr), Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Joos, Kappeler, Kleis-Kümin, Koch (Tamins), Kollegger (Malix), Krättli-Lori, Kunz (Chur), Märchy-Caduff, Marti, Meyer-Grass, Michael (Castasegna), Montalta, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Parpan, Pedrini, Sax, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Vetsch (Klosters Dorf), Waidacher, Wieland, Zanetti, Zweifel-Disch, Bricalli, Müller (Haldenstein), Patt, Rodigari, Schucan, Wolf

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Domenic Gross